

## INHALT

1. Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten ist gescheitert
2. SPD, Grüne und SSW beschließen Lehrkräftebildungsgesetz
3. CDU will mehr Lehrerstellen schaffen
4. Landesstraßen in katastrophalen Zustand
5. CDU-Fraktion setzt sich für industriepolitisches Konzept ein
6. Union kritisiert Defizite bei der Raumordnung
7. CDU kritisiert Absage zu Trimestern für Europauni Flensburg

10.07.2014

### **Wiederwahl des Datenschutzbeauftragten ist gescheitert Weichert fehlt eine Stimme - Regierung hat keine Mehrheit**

Die Wiederwahl des Landesdatenschutzbeauftragten und Grünen Parteimitgliedes Dr. Thilo Weichert ist heute im Landtag gescheitert. Er erhielt in geheimer Wahl nur 34 Stimmen. 35 wären nötig gewesen, es waren alle Mitglieder der Regierungsfractionen anwesend.

Auf den FDP-Kandidaten Gerrit Koch entfielen 30 Stimmen, 5 Abgeordnete enthielten sich. Nach der gescheiterten Wahl forderten die Fraktionsvorsitzender der Opposition gemeinsam eine Ausschreibung.

„Eine Mehrheit der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat heute Dr. Thilo Weichert nicht gewählt. Es sollte jetzt eine offene und transparente Ausschreibung erfolgen, damit ein geeigneter Kandidat gefunden werden kann“, erklärten Johannes Callsen (CDU), Wolfgang Kubicki (FDP) und Torge Schmidt (Piraten) in einer Pressemitteilung.

## SPD, Grüne und SSW beschließen Lehrkräftebildungsgesetz CDU-Antrag auf dritte Lesung scheitert



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

„Breaking News: Schleswig-Holstein hat ein neues Lehrkräftebildungsgesetz. Es gab keine Vernunft! Schade und traurig....“, kommentierte die Gruppe der Studierenden das Ergebnis der – auf Antrag der CDU – namentlichen Schlussabstimmung über das Lehrkräftebildungsgesetz. In den vergangenen Tagen hatten die Studenten noch jeden Abgeordneten einzeln angeschrieben, auf die Defizite des Entwurfes hingewiesen, und um weitere Beratungen gebeten.

Genau aus diesem Grund hatte die CDU-Fraktion heute noch einmal eine 3. Lesung des Gesetzentwurfes beantragt – diese lehnten die Regierungsfractionen ab.

In der Debatte benannte CDU-Redner Daniel Günther noch einmal die wichtigsten Probleme: „Bis heute ist nicht klar, welche Fächer in Flensburg auf Sek. I- oder Sek. II-Niveau unterrichtet werden. Bis heute ist nicht geklärt, welche zusätzlichen Kosten dort entstehen und wie sie finanziert werden sollen. Bis heute ist nicht klar, von welchen Schulen die Flensburger Absolventen, die nicht zwei Fächer auf Sek. II-Niveau studiert haben, überhaupt anschließend genommen werden können. Das Problem, was Sie durch Ihre Einheitslehrerausbildung mit den Schulen ohne Oberstufen machen, blenden Sie völlig aus“, so Günther an die Abgeordneten der Regierungsfractionen gerichtet.

Er erinnerte an die Stellungnahmen von Elternbeiräten, von Lehrerverbänden und anderen Interessengruppen und zitierte aus den schriftlichen Stellungnahmen und öffentlichen Äußerungen der lehrerbildenden Hochschulen in Kiel, Flensburg und Lübeck: „Professor Kipp, der Präsident der Christian-Albrechts-Universität, bezeichnet den Einheitslehrer als Weg ins Mittelmaß. Die Vizepräsidentin, Frau Parchmann, zeigt auf, dass eine Einheitsausbildung den aktuellen Ansprüchen von Schule nicht genügt. Wörtlich: „Der geplante Einheitslehrer wird scheitern.“ Die Universität Flensburg erklärt ausdrücklich, dass sie mit einer schulartspezifischen Ausbildung zufrieden gewesen wäre. Die Musikhochschule in Lübeck präferiert explizit eine schulartspezifische Ausbildung“, betonte der CDU-Abgeordnete.

Die auf der Tribüne des Landtages sitzenden Beobachter der Studenteninitiative kommentierten während der Debatte auf Facebook: „Im Plenum lacht die SPD bei sachlichen Argumenten. Regierungsabgeordnete können selbst keine Argumente vorbringen. Das Motto bisher: "Ideologie vor Inhalt." oder "Machterhalt vor Meinungsbildung. Aber: Die Hoffnung stirbt zuletzt!“

Kurz darauf folgte die Schlussabstimmung.

Zur Rede von Daniel Günther:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top\\_4472.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/top_4472.html)

---

## **CDU will mehr Lehrerstellen schaffen** **Weniger Bürokratie soll für mehr Unterricht sorgen**



Fraktionschef Johannes Callsen

75 zusätzliche Lehrerstellen will die CDU-Landtagsfraktion schaffen. Dafür soll unnötige Bürokratie weichen, um die Finanzierung sicherzustellen. Konkret fordert die CDU die Rücknahme von drei Gesetzen, die SPD, Grüne und SSW in dieser Legislaturperiode verabschiedet haben. Nach der Schaffung eines Mindestlohngesetzes auf Bundesebene sieht die Union die entsprechenden Landesregelungen als endgültig überflüssig an. Sie belasteten Unternehmen, Land und Kommunen nur unnötig.

Allein für die im Rahmen der Konnexität an die Kommunen zu erstattenden Kosten für das schleswig-holsteinische Mindestlohngesetz, das Korruptionsregister sowie das Tariftreue- und Vergabegesetz plant das Land 3,8 Millionen Euro pro Jahr ein. „Lassen Sie uns Bürokratie abbauen und lassen Sie uns dieses Geld sinnvoll in die Bildung unserer Kinder investieren: Dafür können 75 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in schleswig-holsteinischen Klassenräumen unterrichten!“, forderte Oppositionsführer Johannes Callsen in der heutigen Debatte.

Die Regierungsfractionen zeigten keine Bereitschaft, durch weniger Bürokratie mehr Lehrerstellen zu schaffen. Sie versuchten in der Debatte, die Diskussion ausschließlich über die Frage der allgemeinen Notwendigkeit von Mindestlöhnen zu führen. Der Antrag wird in den nächsten Monaten weiter im Wirtschaftsausschuss beraten.

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Wortlaut:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-07-10\\_Pressemeldung\\_4471.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-07-10_Pressemeldung_4471.pdf)

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2086.pdf>

---

## Landesstraßen in katastrophalen Zustand

### CDU: Das hat sich die Landesregierung selbst zuzuschreiben



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Um die Landesstraßen in Schleswig-Holstein ist es nicht gut bestellt. 1160 Kilometer der Landesstraßen seien dringend sanierungsbedürftig. Zu diesem Ergebnis kam der Bericht der Landesregierung in der heutigen Landtagsitzung. In seiner Rede hat der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, Verkehrsminister Reinhard Meyer zum Handeln aufgefordert:

„Sie brauchen uns hier nicht zu erklären, warum die Straßen schlechter werden, das wissen wir selber. Ihre Aufgabe ist es, dafür Sorge zu tragen, dass der Verfall zumindest mal gestoppt wird“, so Arp.

Die SPD regiere in diesem Land seit 30 Jahren fast ununterbrochen und trage damit die wesentliche Verantwortung für den Verfall der Landesstraßen. Vor diesem Hintergrund sei der ständige Versuch Meyers, die Schuld auf die Vorgängerregierung zu schieben, abwegig. Dies mache auch die aktuell von Wirtschaftsverbänden formulierte Kritik an der Verkehrspolitik in Norddeutschland deutlich. Die maroden Straßen und Brücken gefährdeten zunehmend den Erfolg unserer Gesellschaft.

Innerhalb der kommenden zehn Jahre müssten 900 Millionen Euro in Schleswig-Holstein investiert werden, um die Landesstraßen in den Zustand von 1990 zu versetzen.

„Allein in den kommenden beiden Jahren fehlen mehr als 20 Millionen Euro, um auch nur den Erhalt auf dem jetzigen schlechten Niveau zu finanzieren. Und das, obwohl Sie aufgrund der Einnahmesituation mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung haben. Also kommen Sie mir nicht mit der Schuld der Vorgängerregierung“, so Arp.

Link zum Landesstraßenzustandsbericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2066.pdf>

## **CDU-Fraktion setzt sich für industriepolitisches Konzept ein Schleswig-Holstein darf sich nicht abhängen lassen**

Die Wirtschaft in Deutschland brummt. Allerdings geht dieser Trend am mittelständisch geprägten Schleswig-Holstein weitestgehend vorbei. Um diese Tendenz aufzuhalten, forderte die FDP-Fraktion in einem Antrag ein industriepolitisches Konzept.

In seiner Rede unterstützte Volker Dornquast für die CDU diese Forderung.

„Schleswig-Holstein ist der industriepolitische Schwachpunkt Deutschlands. Die Industrie in Deutschland hat 7,2 Millionen Beschäftigte bei einem Gesamtumsatz von 2 Billionen Euro. Gemessen an der Bevölkerung müssten wir fast dreimal so viele industrielle Arbeitsplätze in unserem Land haben, um auch nur im Durchschnitt zu sein (3,5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gegenüber 1,3 Prozent der Industriearbeitsplätze)“, so Dornquast.

Zwar profitiere Schleswig-Holstein natürlich auch von der boomenden Wirtschaft und den hervorragenden Exportzahlen. Im Verhältnis zu anderen Bundesländern verliere es jedoch immer weiter an Boden.

Dornquast appellierte an den Ministerpräsidenten: „Herr Albig, gemäß Ihrer Regierungserklärung, haben sie angekündigt Schleswig-Holstein attraktiv für internationale Unternehmen und neue Arbeitskräfte machen zu wollen. Das ist jetzt über zwei Jahre her. Bis jetzt ist nichts – ja gar nichts - passiert. Das ist ernüchternd und muss sich ändern.“

Der Antrag wurde zur weiteren Aussprache in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Rede von Volker Dornquast:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-07/10/15-33-25-686f/PI-U76WJWhv-cdu.pdf>

---

## **Union kritisiert Defizite bei der Raumordnung Bericht und Handeln der Landesregierung passen nicht zusammen**



Petra Nicolaisen, innepolitische Sprecherin

Für den Raumordnungsbericht 2014, den der Landtag heute auf Antrag der CDU diskutierte, musste die Landesregierung eine Reihe von Kritik einstecken. Ein Bekenntnis zum zentralörtlichen System reiche nicht, betonte die CDU-Innenpolitikerin, Petra Nicolaisen. „Ich bezweifle, dass Sie sich in der Kürze der Zeit wirklich intensiv mit dem Thema

auseinandergesetzt haben. Ihr Bericht vermittelt diesen Eindruck jedenfalls nicht.“

Die CDU-Politikerin kritisierte vor allem, dass die Landesregierung zwar die Bedeutung des zentralörtlichen Systems anerkenne, dies aber in der Praxis nur den Wert eines Lippenbekenntnisses habe. „Was nicht zu dieser Aussage und dem jetzigen Bericht passt, ist das Handeln der Landesregierung. Nach dem Entwurf zur Reform des Finanzausgleichsgesetzes sind aber gerade die ländlichen Zentralorte und Stadtrandkerne deutliche Verlierer“, so die Abgeordnete.

Das Landesplanungsgesetz verlangt, dass die Landesregierung dem Landtag in regelmäßigen Abständen über die räumliche Entwicklung des Landes berichtet.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2082.pdf>

---

### **CDU kritisiert Absage zu Trimestern für Europauni Flensburg Regierungsfractionen verweigern Anpassung an internationale Standards**

Nachdem sich die Regierungsfractionen vor wenigen Tagen noch öffentlich mit der Universität Flensburg über die Ernennung zur Europauniversität freuten, verweigerten SPD, GRÜNE und SSW der Hochschule heute eine mögliche Anpassung ihres Hochschulkalenders. Die Regierungsfractionen lehnten eine von der CDU beantragte Gesetzesänderung ab. Nach dem Nein der Regierungsfractionen kann die Universität künftig nicht von Semester auf Trimester wechseln, so wie es die Hochschule selbst gefordert hat. Damit wird die neue Europauniversität international gängige Zeitstandards nicht übernehmen.

Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther, kritisierte das Verhalten der Regierungsfractionen scharf: „Dieser Gesetzentwurf hatte das Ziel, die Zusammenarbeit – gerade mit Dänemark – deutlich zu vereinfachen. Die regierungstragenden Fraktionen haben diese Chance erfolgreich verstreichen lassen“, erklärte Günther nach der Ablehnung des Gesetzentwurfes. Der Tagesordnungspunkt selbst erfolgte ohne Aussprache.

CDU-Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1752.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)